

FBP-TERMINE

FBP
LIECHTENSTEIN

FBP Senioren
12. FBP-Senioren-Treff

Wann
Montag, 11. November,
18.30 Uhr

Wo
Dreischwesternhaus,
Planken

Kontakt
E-Mail: info@fbp.li
Internet: www.fbp.li



Ev.-lutherische Kirche
Pfarrer Sobko
spricht über seine
Wende-Erlebnisse

VADUZ Vor 30 Jahren, im Herbst 1989, fand die friedliche Revolution in Ostdeutschland statt, in deren Folge die Mauer, die Deutschland und im Grunde ganz Europa trennte, beseitigt wurde. Helmut Sobko, der heutige Pfarrer der Evangelisch-lutherischen Kirche in Liechtenstein, lebte damals in Thüringen und hat die Ereignisse zusammen mit seiner damaligen Gemeinde in Tiefenort/Thüringen miterlebt und mitgetragen. Er wird am Montag, den 11. November, um 19.30 Uhr in der Johanneskirche Vaduz (Schaanerstrasse 22) von seinen Erlebnissen in dieser Zeit der Wende berichten. Und es wird auch ein Film gezeigt, den das ARD-Fernsehen damals in seiner Gemeinde gedreht hat. (red/pd)

Nachbesetzt
Stefan Hassler
wird Leiter des
Amtes für Umwelt

VADUZ Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 5. November Stefan Hassler aus Vaduz zum Leiter des Amtes für Umwelt bestellt. Der bisherige Leiter, Helmut Kindle, verlässt die Landesverwaltung auf Ende März 2020 und geht in Frühpension. Wie die Regierung am Dienstag weiter mitteilte, ist Stefan Hassler aktuell forensischer und beratender Rechtsanwalt im Zivil- und Strafrecht so-



Leitet ab März 2020 das Amt für Umwelt: Stefan Hassler. (Foto: IKR)

wie im Staats- und Verwaltungsrecht mit eigener Kanzlei. Zudem ist er den Angaben zufolge Inhaber und Geschäftsführer einer Unternehmensberatungsfirma und führt verschiedene Verwaltungsratsmandate aus. Hassler bringe fundierte Erfahrungen aus seiner früheren Tätigkeit beim Amt für Umweltschutz, als Mitarbeiter der Regierung im Ressort Umwelt, Raum, Land- und Waldwirtschaft sowie durch seine selbstständige Tätigkeit im Bereich «Ökologische Beratung und Projekte» mit. Stefan Hassler hat an der ETH Zürich das Studium der Umweltwissenschaften sowie an der Universität St. Gallen das Studium der Rechtswissenschaften abgeschlossen. In der weiteren Folge hat er die Liechtensteinische Rechtsanwaltsprüfung erfolgreich abgelegt. Stefan Hassler wird die Stelle als Leiter des Amtes für Umwelt im März 2020 antreten. (red/ikr)

Standpunkt von Regierungschef Adrian Hasler zum Neubau des Landesspitals

«Beschluss der Regierung und des Landtags mit einem Ja unterstützen»

Sehr geehrte Liechtensteinerinnen, sehr geehrte Liechtensteiner
Es ist die Aufgabe der Regierung, Entscheidungen im Sinne und zum Wohle der liechtensteinischen Bevölkerung zu treffen, Entwicklungen zu erkennen und das Land zukunftsfähig zu gestalten. Hierzu ist es auch wichtig, unserem Land eine nachhaltige und zukunftsfähige Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Jedes Regierungsmitglied ist bestrebt, in seinen Zuständigkeitsbereichen diesbezüglich für optimale Voraussetzungen zu sorgen. Auch die Koalitionspartner haben sich in diesem Zusammenhang für wichtige Infrastrukturprojekte wie das neue Dienstleistungszentrum der Landesverwaltung, die Landesbibliothek, die Schulen oder eben das Landesspital ausgesprochen.
Wir stimmen am 24. November darüber ab, ob wir in einen Neubau für unser Landesspital investieren sollen. Die Regierung hat sich in den letzten Jahren oft mit dem Landesspital befasst, auch in schwierigen Situationen. Dabei hat sich die Regierung stets klar zu einem Grundversorgungsspital im Land bekannt. Der Landtag hat die Entscheidung der Regierung mit grosser Mehrheit gestützt.

Zugang zu Grundversorgung sichern
Das Landesspital ist eine öffentlich-rechtliche Einrichtung - und als Staatsbetrieb gehört es uns allen. Es ist daher in unserem gemeinsamen Interesse, Sorge zu tragen zum Landesspital, das auch Ausbildungsstätte und Arbeitsplatz für 170 Personen ist. Es liegt in unserer Verantwortung, dass das Landesspital einwandfrei arbeiten und sich weiterentwickeln kann, um auch in Zukunft einen wesentlichen Beitrag zur medizinischen Grundversorgung unseres Landes zu leisten.
Als Regierung ist es unsere Aufgabe, zukünftige Entwicklungen abzuschätzen, um daraus Projekte für die Gegenwart ableiten zu können.



«Ein Spital kann nur in einem Gebäude betrieben werden, welches die technischen Anforderungen dafür erfüllt. Diese Anforderungen in einem alten Gebäude weiterhin sicherzustellen, kostet viel Geld. Es ist vernünftiger, jetzt Geld in die Hand zu nehmen, um gute Voraussetzungen für die nächsten Jahrzehnte zu schaffen.» Regierungschef Adrian Hasler empfiehlt den Stimmbürgern, am 24. November den Neubau des Landesspitals mit einem Ja zu unterstützen. (Foto: IKR)

Gerade im Bereich des regionalen Spitalangebots sind Prognosen äusserst schwierig. Die Entwicklungen in der nahen Schweiz, mit der wir in der Spitalversorgung eng verbunden sind, werden in den nächsten Jahren zu vielen Diskussionen führen. Diese Resultate können von uns kaum beeinflusst werden und sind schlecht vorherzusagen. Es liegt in der Natur der Sache, dass die Kantone ihren Interessen gegenüber unseren Interessen Vorrang geben. Wir müssen daher für die Zukunft so vorsorgen, dass wir den Zugang zu einer medizinischen Grundversorgung in Liechtenstein sicherstellen und über eine patientenfreund-

liche Ausgestaltung des Spitalangebots verfügen. Die Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner schätzen zudem die Wahlmöglichkeit, sich im Inland behandeln zu lassen. Für mich ist es wichtig, diese zu erhalten.
Gelder sinnvoll verwenden
Als Regierungschef ist es mir zudem wichtig, dass die Gelder unseres Staats sinnvoll verwendet werden. Ein Spital kann nur in einem Gebäude betrieben werden, welches die technischen Anforderungen dafür erfüllt. Diese Anforderungen in einem alten Gebäude weiterhin sicherzustellen, kostet viel Geld. Es ist ver-

nünftiger, jetzt Geld in die Hand zu nehmen, um gute Voraussetzungen für die nächsten Jahrzehnte zu schaffen. Ein funktionales und auf die Bedürfnisse der Patienten ausgerichtetes Landesspital ist bei zukünftigen Kooperationsmöglichkeiten ein Trumpf, mit dem sichergestellt werden kann, dass substanzielle Leistungen im Land verbleiben. Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, den Beschluss der Regierung und des Landtags zum Neubau des Landesspitals in der Volksabstimmung mit einem Ja zu unterstützen.
Adrian Hasler,
Regierungschef

Liechtenstein beteiligt sich an Terrorübung

Vorsorge Liechtenstein will für den Fall eines Terroranschlags gerüstet sein und nimmt deshalb kommende Woche an einer Übung der Schweiz teil.

VON SILVIA BÖHLER

Vom 11. bis zum 13. November findet in der Schweiz eine Sicherheitsverbundübung mit dem Szenario «Terrorismuslage» statt. Liechtenstein beteiligt sich an der Übung und will damit die hiesigen Strukturen und Prozesse sowie die Zusammenarbeit mit der Schweiz testen. Regierungsrätin Dominique Hasler verwies anlässlich der gestrigen Medieninformation darauf, dass bereits im Jahr 2005 ein Hilfeleistungsabkommen zwischen der Schweiz und Liechtenstein abgeschlossen wurde, das eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit und gemeinsame Übungen vorsehe.

Wenig Erfahrung

«Aufgrund der überschaubaren Grösse unseres Landes ist Liechtenstein selten mit solch ausserordentlichen Krisen konfrontiert. Unsere Erfahrungen sind deshalb bescheiden», betonte Emanuel Banzer, Leiter des Amtes für Bevölkerungsschutz. Bei der bevorstehenden

Übung gehe es darum, die verschiedenen Führungsstrukturen bei zunehmender Eskalation der Lage zu testen. Emanuel Banzer erklärte: «Relevante Ereignisse beginnen in der Regel mit einer Eingangsmeldung bei der Landespolizei. Diese versucht im Rahmen ihrer Möglichkeiten das Problem zu bewältigen. Ist das nicht möglich, werden weitere Führungsorgane (Landesführungsstab) eingeschaltet, bei politischen Fragen wird auch die Regierung miteinbezogen.» Neben dem schrittweisen Akquirieren und dem Zusammenwirken der Führungsstrukturen werde ausserdem der Lageverbund Schweiz-Liechtenstein geprüft. Hier geht es darum, gegenseitig Informationen auszutauschen und dann miteinander eine sogenannte Lagebeurteilung zu erstellen. «Eine Prognose zu erstellen, wie sich eine Lage weiterentwickelt, ist extrem anspruchsvoll. Erstmals werden dazu auch elektronische Lage-darstellungssysteme eingesetzt», sagte Banzer. Weitere Übungsziele seien die Krisenkommunikation der Regierung sowie das Ressourcenmanagement.

Fiktive Terrorsituation

Bei einem Terroranschlag auf die UNO im Jahr 2017 sind drei Mitglieder der fiktiven Terrororganisation Global Liberation Front (GLF) festgenommen worden, ihnen soll am 13.



Informierten über die bevorstehende Sicherheitsverbundübung, von links: Jules Hoch, Dominique Hasler und Emanuel Banzer. (Foto: Paul Trummer)

November in Bellinzona der Prozess gemacht werden. Die GLF will das verhindern und überzieht die Schweiz deshalb seit Monaten mit Anschlägen und Gewalt. Am 8. November detoniert eine Bombe im Hauptbahnhof Zürich, es gibt zahlreiche Verletzte und Tote. Der öffentliche Verkehr in der Schweiz bricht zusammen. «Das ist unsere Ausgangslage für den 11. November und es wird spannend, was hier auf Liechtenstein noch zukommen wird», so Polizeichef Jules Hoch. Externe Experten werden die Abstimmung und Koordination der einzelnen Stellen auch in Liechtenstein beobachten und entsprechend auswerten. Die Ergebnisse der Übungsbe-

wertung sollen dann im kommenden Jahr vorliegen. Zahlreiche Erkenntnisse konnten die Verantwortlichen aber bereits während der zweijährigen Vorbereitungsphase erlangen. So habe die Landespolizei Erfahrungen bezüglich ihrer Einsatzpläne gemacht, der Informationsfluss zur Lage-darstellung zwischen Liechtenstein und der Schweiz sei entsprechend aufgebaut worden und auch bezüglich der Krisenkommunikation habe es Vorabgespräche zwischen Regierung und Bund gegeben. «Im Rahmen der Übung wird nun getestet, ob die ausgearbeiteten Konzepte und Vorbereitungen tauglich sind, oder nicht», erklärte Emanuel Banzer abschliessend.